

Bezugsgebühr:

Wochenschrift für Dresden bei täglich...
Preis: 1.00 M.
Wochenschrift Dresden.

Dresdner Nachrichten
Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Anzeigen-Carif.

Konkurrenz von Anzeigen...
Preis: 1.00 M.
Anzeigen-Carif.

Otto Buchholz 28
Annenstrasse 28
Hüte jeder Art. Eigene Fabrik.

Bernhard Schäfer
7 Prager Straße 7
Weihnachtsgaben-Ausstellung.

Kalkchlorium-
Lysoform-Zahnpasta
Spezifikum gegen üblen Geruch aus dem Munde.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl.
Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.
C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Dr. 354. Spiegel. Politif Amerikas. „Psychologisches Material“, Weibl. Gewerbeausficht, Bestoziverein, Weihnachts-
khan. Trotha über Südwestafrika, Kolonialverwaltung, Lage in England. Nichters Kamifalon.
Wittd. Freitag, 22. Dezember 1905.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über
die Sonn- und Feiertagsruhe können am ersten
und zweiten Weihnachtstfeiertag keine
Zeitungen erscheinen.

Inserate, welche auf diese Tage Bezug haben,
bitte wir deshalb als Voranzeigen in die
Nummer vom Sonntag den 24. Dezember
aufzugeben.

Bei der Aufgabe von Familienanzeigen
(Verlobungen usw.) ist die Verbringung einer Legiti-
mation erforderlich.

Sonntag den 24. Dezember und am
zweiten Feiertag sind die Geschäftsstellen Marien-
strasse 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr mittags geöffnet,
dagegen bleiben am ersten Feiertag sämtliche
Geschäftsräume geschlossen.

Die große transatlantische Republik

der Vereinigten Staaten von Amerika — nicht Nordamerika,
wie man hier vielfach fälschlich sagt; in der erweiterten Bezeich-
nung liegt ein feinerer schon vorhergenommener Hinweis auf
die spätere Monroe-Doktrin, kraft deren der Union die ausschließ-
liche Herrschaft über den gesamten amerikanischen Kontinent be-
stimmt sein soll — hat ihren 59. Kongress, den ersten unter dem
zweiten Amtstermin des Präsidenten Roosevelt, vor wenigen
Tagen eröffnet und wird nunmehr allmählich in das intensivere
Tempo der Beratungen eintreten, das erforderlich ist, wenn die
500 Gesetzesvorlagen, die gleich am ersten Tage der Session im
Repräsentantenhaus eingebracht worden sind, auch nur halbwegs
Erledigung finden sollen. Von der geschäftlichen Tätig-
keit der Herren Pankees interessiert das Ausland in erster Linie
der auf die Neuordnung der Handelsbeziehungen gerichtete
Teil. Wie bereits früher mitgeteilt wurde, ist von demokratischer
Seite der Antrag gestellt worden, an Stelle des gegenwärtigen
Hochschutzzolltarifs einen Doppeltarif aufzustellen, in dem der
Hochschutzzolltarif einen Doppeltarif aufzustellen, in dem der
Hochschutzzolltarif unverändert die geltenden Sätze enthält, während
die Zollsätze des Mindesttarifs durchgängig um 20 Prozent niedriger
sind als die entsprechenden Sätze im bestehenden Tarif. Im
ersten Augenblick schien angelehnt der sehr starken Hinneigung
der öffentlichen Meinung in Amerika zu einer Tarifreform der
demokratischen Vorherrschaft günstige Ausichten auf den Abschluss
neuer Handelsverträge mit Amerika im Auslande all-
gemein und insbesondere bei uns in Deutschland zu eröffnen.
Inzwischen hat sich aber die ganze Lage entschieden
zu ungunsten der Tarifreformer verschoben, und zwar
durch die Schuld des Senats. In dieser Körperschaft besitzen
die rückwärtslosten Vertreter des mit den Interessen der großen
Willkürhäre und Trustmagnaten auf das enge verbundene
Hochschutzzollsystems eine geschlossene Mehrheit, von der sie in
Tariffragen einen völlig willkürlichen Gebrauch machen, ohne
sich im geringsten an die Volkstimmung und die Willens-
äußerungen des Repräsentantenhauses zu kehren.

Früher hatte man verschiedentlich sowohl innerhalb wie
außerhalb Amerikas große Hoffnungen auf die persönliche Haltung
des Präsidenten Roosevelt gesetzt, von dessen Eingreifen man sich
Gutes versprach. Gerade die Frage der Tarifreform, die innig
mit der Trustfrage verknüpft ist, bildete bisher neben den Eisen-
bahntarifen den Hauptdifferenzpunkt zwischen Roosevelt und dem
Senat, wobei ersterer die Rechte und den Willen des Volkes mit
Nachdruck gegenüber den Eisenbahn- und sonstigen Trustmagnaten
vertrat. Da aber das anfänglich sehr entschiedene Auftreten des
Präsidenten zu gunsten der Tarifreform allmählich einen immer
mehr zögernden Charakter angenommen hat, so ist „Teddy's“
Volkstümlichkeit in den republikanischen Kreisen in eben dem Grade
geringer geworden, wie er an Energie gegenüber den Hochschutzzoll-
männern Einbuße erleidet. Die Meinung der Deutschen Amerikas
in dieser Hinsicht kommt in dem nach dortiger Manier stark
gepefferten Urteil der hochangesehenen „New Yorker Staatsztg.“
zum Ausdruck: „In Bezug auf den Tarif ist der Präsident voll-
ständig zusammengeklappt. Sein jetziger Standpunkt macht be-
nahe einen jämmerlichen Eindruck, wenn man ihn mit seinem
Auftreten im Jahre 1902 vergleicht, ehe die Hochschutzzoll-Senatoren
ihn zur Ordnung gerufen hatten. Er scheint überhaupt keine
Meinung mehr zu haben, sich vielmehr still und stumm den Hoch-
schutzzollmännern zu unterwerfen.“ Für das Maß des Einflusses, über
das der Präsident gegenüber der Hochschutzzollpartei gebietet, wird es
bezeichnend sein, ob er wenigstens das eine ihm zugewiesene

Bestreben zu verwirklichen vermag, die unseidlichen, schlangent-
ähnlichen Maßnahmen der amerikanischen Zollbehörden zu beseitigen, deren sich
diese bei der Berechnung der Wertzölle bedienen und unter denen
namentlich unsere deutschen Industriellen und Kaufleute bis zum
Ueberdruß zu leiden haben.

Ganz in seinem Elemente zeigt sich dagegen Roosevelt, wo es
sich um die imperialistische Prinzipien zu verteidigen. Da ist er
Feuer und Flamme und verfiert in Wort und Schrift den Grundhieb,
daß die Vereinigten Staaten „a big stick“, einen dicken Knüttel,
in die Hand nehmen müßten, um sich in der Weltpolitik voll zur
Geltung zu bringen, wobei Roosevelt indessen niemals versteht —
und das ist ein entschieden symptomatischer Zug —, seinen Lands-
leuten die Pflicht der sorgfältigsten Achtung wohlverworbener Frei-
heitsrechte einzuschärfen. Man muß es dem Präsidenten lassen,
daß er mit tiefgründiger und weitanschauernder Voraussicht die
weltpolitische Lage, die sich für die Vereinigten Staaten aus dem
Baue des Panamakanals ergibt, zu eskontieren versteht. Der
Panamakanal bringt für Amerika die Notwendigkeit mit sich, die
beiden dadurch verbundenen Meere, den Atlantischen und den
Stillen Ozean, zu überwinden; das ist der Kern aller
öffentlichen imperialistischen Kundgebungen des Präsidenten und von
demselben Geiste wird auch seine letzte Botschaft an den Kongress
getragen. Bezüglich des Stillen Ozeans reichen sogar die amerika-
nischen Pläne noch über die bloße Ueberwachung hinaus und sind aus-
gesprochenemal auf die Gewinnung der Alleinherrschaft gerichtet.
Erst in diesen Tagen hat ein politischer Vertreter des Präsi-
dents, der Schatzamtssekretär Shaw, in einer öffentlichen Rede
erklärt, der Panamakanal lege der amerikanischen Nation „die
heilige Pflicht auf, sich neben der Flotte eine ausgiebige Handels-
marine zu schaffen, die dem amerikanischen Unternehmungsgeist
seinen angemessenen Anteil am Welthandel sichere“. Dann
werde der Bau des Panamakanals dazu führen, die Amerikaner
auch rechtlich zu Herren des größten aller Meere zu machen,
dessen natürliche tatsächliche Herren sie jetzt bereits seien. Das
ist der weltpolitische Ausblick, der Theodore Roosevelt bewohn,
in seine jüngste Botschaft an den Kongress die markante Sätze
aufzunehmen: „Nur die Nation ist für den Frieden gerüstet, die
zu kämpfen versteht, wenn die Lage sich so gestaltet, daß der Krieg
eine Forderung der höchsten Moral wird.“ und „An der Marine
Abstriche zu machen, wäre ein Verbrechen gegen die Nation“.

Die von den Vereinigten Staaten in Anspruch genommene
Oberherrlichkeit über den Stillen Ozean ist für die Gruppierung
der in Ostasien hauptsächlich interessierten Mächte von ein-
schneidender Bedeutung, weil die einzigen als natürliche Geber
Amerikas auf diesem Gebiete in Betracht kommenden Nationen
England und Japan sind. Neuere Berichte von Europäern aus
Japan wissen bereits seltene Dinge von einer stets wachsenden
Feindschaft der japanischen Volkstimmung gegen die Amerikaner
zu vermelden, die schon vielfach genau so national erregt gegen
die Vereinigten Staaten sein soll, wie man es einige Jahre vor
Ausbruch des russisch-japanischen Krieges gegenüber dem Japa-
nische beobachten konnte. Die unmittelbare Nachbarschaft der
Amerikaner auf den Philippinen erweckt bei den Japanern ein
Gefühl der Bedrohung und allgem. so heißt es, beginne man,
sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß noch ein zweiter großer
Krieg um die nationale Unabhängigkeit, und zwar dieses Mal
gegen Amerika, erforderlich sein werde. Mit Japan aber ist
England verbündet, daselbst England, das in der Weltpolitik
das Schlagwort von der „anaelischen Interessenkollektivität“
aufgebracht hat. Ob und wie bald der Gang der weltgeschichtlichen
Entwicklung die Engländer nötigen wird, zu zeigen, was ihnen
höher steht und mehr gilt, ihr Bündnisverhältnis zu der asia-
tischen Inselmacht oder ihre natürlich nicht selbstlose, sondern auf
Geld und Pfenning wohlbedachte „Freundschaft“ mit Amerika,
die übrigens drüben selbst von den smarten Pankees, mit Aus-
nahme der stets nach England hinüberzielenden Hochfinanz-
kreise, recht leipisch beurteilt wird — darüber läßt sich keine
Vorauslage machen. Die Entscheidung kann wie ein Blitz aus
heiterem Himmel kommen, wie beim russisch-japanischen Kriege,
oder sie kann sich lange hinausziehen. Das eine aber dürfen
wir nach menschlicher Voraussicht als sicher annehmen, daß der
großen transatlantischen Republik der Kampf um die Herrschaft
über das „erste aller Meere“, zu dem sie sich jetzt rüstet, in ab-
sehbarer Zeit nicht erspart bleiben wird. Es reißt die Zeit
heran, da sich die Weisagungen erfüllen werden, in denen
vor nunmehr fast hundert Jahren Goethe und Napoleon I. mit
weitblickender Prophezie die einstmalige Verlegung des welt-
politischen Schwerpunktes nach dem Stillen Ozean voraus-
verkündeten.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. Dezbr.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die „Nowoje Wremja“
greift Bittes an, was als Zeichen für dessen bevor-
stehende Demission gedeutet wird. Als Nachfolger wird
Gutschkow genannt.
Wachau. (Priv.-Tel.) In der Postkabt Lubin ent-
stand in einem Privatbureau, in dem Bomben fabriziert wurden,
eine Explosion, durch die ein Mann und eine Frau getötet
und sechs andere Personen tödlich verletzt wurden. — In Uchem
wurden der Bezirkspolizeichef, der Untersuchungsrichter und zwei

Polisten bei amtlichen Diensthandlungen durch Revolver-
schüsse verletzt. In Nikoloff in entzwei zwei Infanterie-
Regimenter. Es soll dort zu blutigen Zusammenstößen ge-
kommen sein.

London. (Priv.-Tel.) Die Meuterei unter den
Truppen in Tamsel nahm sehr große Dimensionen an. Die
Meuterer verübten fürchterliche Exzesse. Schließlich wurden
Kosaken zur Unterwerfung des Aufstandes herangezogen. Die
meistenden Soldaten schlossen sich in den Kasernen ein und ver-
weigerten sich hartnäckig. Die Kosaken legten die Kasernen in
Brand, wo 900 Meuterer eingeschlossen waren. Viele ver-
brannten. Viele wurden von den Kosaken getötet, als sie
aus den brennenden Kasernen flüchteten. Unbeschreib-
liche Schreckensszenen spielten sich hierbei ab. Auch in
Madjowostok ging Ähnliches vor, obwohl in kleinerem
Maße. Auch dort brach eine neue Meuterei aus. 120 Soldaten
schlossen sich in ein Gebäude ein, um sich der Obrigkeit zu wider-
setzen. Die Kosaken legten auch dieses Gebäude in Brand. Als
die Eingeschlossenen das Gebäude verließen, um dem Flammen-
tode zu entgehen, wurden viele auf der Straße von den Kosaken
getötet.

Frankfurt a. M. Wie die „Frankf. Bzg.“ aus Kon-
stantinopel meldet, lauten dort die Nachrichten aus dem Kauka-
sus so fürwauernd sehr ernst. Die Stadt Jellawadep im Kauka-
sus wurde von Armeniern und Tataren in Flammen gefest und
völlig zerstört, nachdem gegen 2000 Menschen auf dem Kampflage
geblieben waren. In Tiflis wurde die Erhebung durch das
Eindringen von Tataren in den dortigen Klub eingeleitet, wo
alle Anwesenden niedergemacht wurden. Die Aufregung in der
Stadt ist sehr groß. Von den in Konstantinopel angelangten
Flüchtlingsen haben viele die Fahrt von Tiflis nach Batum auf
den Dächern der Eisenbahnwagen sitzend zurücklegen müssen, so
groß war der Anbruch. In Batum werden weder Hilfe er-
halten, noch Pässe abgefordert. Alles ist in vollständiger Auf-
lösung begriffen. Heute langten in Konstantinopel wieder 2000
tatarische Flüchtlinge an.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt
unter der Ueberschrift: „Nicht abgeben lassen.“ gewisse Mit-
teilungen und Gerüchte, die in Blättern auftauchten, konnten
den Ansehens erwecken, als ob man in Dresden infolge der
Straßendemonstrationen sich mit der Abände-
rung des Wahlrechts besonders heftig befaßt wolle. Eine solche
Behauptung, die sachlich nicht im mindesten begründet und mit dem
bisherigen Verhalten der Regierung und der Reichstagspartei
unvereinbar ist, wäre unseres Erachtens ebenso unzumutbar wie
politisch bedenklich. Mit Recht habe man immer hervorgehoben,
daß die Frage der Wahlrechts-Änderung vorläufiger Erwägung
und reichlicher Prüfung bedürfte und daß die ihrer Lösung nicht
entgegengeführt werden könne, so lange die Agitation auf die
Straße getragen werde. Zu dieser vernünftigen und selbstver-
ständlichen Erwägung würde die innerlich unbegründete Be-
schleunigung der Angelegenheit im schärfsten Gegenstand stehen,
die Regierung und die Kammermehrheit würden den Eindruck
nicht verhindern und verhindern können, als ob sie aus Furcht
klein beigegeben hätten. Je unabweisbarer die sachliche Regierung
ihre feste Entschlossenheit bekundet, um so ungehörlicher werden
die Versuche, die Agitation auf die Straße zu tragen. Daß
dazu Nerven gehören, ist richtig, aber diese Nerven trauen wir
den maßgebenden Männern in Sachsen zu, nicht nur dem
Träger der Krone, nicht nur dem leitenden Minister, sondern
auch seinen Amtsgenossen, insbesondere dem Finanzminister Dr.
Rieger, der sich um Sachen in den letzten Jahren so aus-
gezeichnete Verdienste erworben.“

Berlin. (Priv.-Tel.) Der preussische Oberlandesgerichts-
rat Dr. Doerner in Königsberg i. Pr. wurde zum Reichs-
gerichtsrat ernannt. — Volrat Wihura in Pilsitz er-
hielt den Charakter als Geheimrat. — Anlässlich des
Schiedens aus dem Dienste wurde dem Oberpostsekretär Süh
in Grimnitzbau und dem Oberlektoranten Sekretär Rude
in Dresden der Charakter als Rechnungsrat verliehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach der „Allgem. Marine- und
Handelskorrespondenz“ besteht innerhalb einflussreicher Kreise des
Reichstages die Absicht, die parlamentarischen Studien-
reisen, deren erste vor einigen Wochen von der Reise nach
Westafrika hierher zurückgeführt ist, möglichst zu einer dauernden
Einrichtung zu machen. Selbstverständlich müßte davon abgesehen
werden, das Privatentgegenkommen, wie dies bei der westafrika-
nischen Studienreise der Fall war, zu benutzen, es soll vielmehr
darauf hingewirkt werden, daß, abgesehen von der freiwilligen
Leistung der einzelnen Reichstagsmitglieder, die dem Reichunter-
nehmen angehören, Staatsfonds dazu in Anspruch genommen oder
gebildet werden.

Wienburg. Dem Wirt der Leuchtenburg war von
der sachsen-altenburgischen Regierung die Bewirtung der Delegier-
ten des Jenaer sozialdemokratischen Parteitag-
es angetragen worden. Darob ist die sachsen-altenburgische Regie-
rung vom sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Horn inter-
pelliert worden. Der Minister Dr. Porritz erwiderte: Das Ver-
bot sei vollkommen berechtigt, da die Leuchtenburg Staatsbeitz
sei. Wenn auch jeder deutsche Arbeiter auf der Leuchtenburg
freiz willkommen sein werde, so werde die sozialdemokratische
Parteilassung hingegen vergebens um Gastfreundschaft nachsuchen,
denn sachsen-altenburgischer Staatsbeitz könne nicht Interessen
des sozialdemokratischen Parteitag- es dienlich gemacht werden.
Hamburg. Der Dampfer „Bancouer“, mit einem Teil
der in Russland gefangenen japaner an
Board, ist heute morgen von Ruzhoben nach Kobe in See ge-
gangen.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der hier eingetroffene englische
Turbinenkreuzer „Sappiere“, der nördlich der englischen Inter-
essen in den russischen Ostseeprovinzen schüben soll, wurde heute
mittag vom Prinzen Heinrich und dem Großadmiral Höfter
besichtigt.

Darmstadt. Den Ständen ist der Entwurf des Finanz-
gesetzes und derjenige des Hauptvoranschlags für 1906 ange-
gangen, der mit 70 225 925,78 M. in Einnahme und Ausgabe

Kronleuchter, Lampen
G. Devanter, Prager Strasse 11.